

## Auswertung des Fragebogens zur AfD-Präsenz in den Kreisen und kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns

### Hintergrund

Die „Alternative für Deutschland“ scheint angesichts hoher Zustimmungswerte bei Wahlen und Umfragen auf dem Wege zu sein, sich im Parteiensystem Deutschlands zu etablieren, auch wenn sich der Aufwärtstrend in den letzten Monaten abgekühlt hat. Nachdem sie zur Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag verfehlt hatte, gelang es ihr mit 7,1 Prozent zur Europawahl 2014 ihre Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern auszubauen. Die Landtagswahlen des Jahres 2014 brachten ihr weitere Wahlerfolge. So konnte sie in Sachsen 9,7 Prozent, in Thüringen 10,6 Prozent und in Brandenburg 12,2 Prozent der Zweitstimmen erreichen. Auch zur Wahl der Kreistage der Landkreise sowie der Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern gelang es der AfD Fuß zu fassen, auch wenn das landesweite Ergebnis mit 4,2 Prozent unterhalb ihres Zustimmungswertes der Wahlen zum Europäischen Parlament von 7 Prozent liegt. Mit 22 Vertreterinnen und Vertretern ist die AfD in den Kreistagen und Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte vertreten.

Wahlanalysen zeigen, dass sie neben Protestwählern auf ein festes Potential an Rechtswählerstimmen zurückgreifen kann. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass die AfD auch bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2016 eine relevante Rolle spielen wird. Ein Einzug in den Landtag ist nicht ausgeschlossen. Ein Überwinden der 5-Prozent-Hürde zur Bundestagswahl 2017 ist möglich.

Die bundespolitische Diskussion um die AfD ist derzeit von dem grundsätzlichen Richtungsstreit zwischen marktliberalen und nationalkonservativen / rechtspopulistischen Lager bestimmt. Diese offenbart, dass die AfD eine in sich heterogen zusammengesetzte Gruppierung ist. Das nationalkonservative / rechtspopulistische Lager um die (erfolgreichen) Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen steht der Gründungsfigur Bernd Lucke und seinen Anhängern gegenüber. Wie dieser Richtungsstreit ausgehen wird, ist derzeit nicht absehbar. Auch ein Verschwinden der Partei ist, genauso wie eine langfristige Integration in das deutsche Parteiensystem grundsätzlich nicht ausgeschlossen.

Da sich das Phänomen AfD noch nicht selbst erledigt hat, ist es lohnenswert den Landesverband M-V näher zu charakterisieren. Wir haben die Kommunalfraktionen der LINKEN gebeten aus Ihren Erfahrungen heraus die AfD einzuschätzen. Die Ergebnisse der Umfrage gestalten sich wie folgt.

Stimmenanteil der AfD bei den Wahlen zum Kreistag bzw. zur Stadtvertreterversammlung / Bürgerschaft 2014

	<b>HRO</b>	<b>SN</b>	<b>NWM</b>	<b>LUP</b>	<b>LRO</b>	<b>MSE</b>	<b>VR</b>	<b>VG</b>
<b>%</b>	4,4	5,9	4,8	2,9	3,3	4,1	4,6	4,9
<b>Mandate</b>	2	3	3	2	3	3	3	3

Mit Ausnahme von Schwerin gelingt der AfD nirgends der Sprung über die 5%-Hürde. Gleichwohl ist sie flächendeckend in allen kommunalen Vertretungen der Kreise und kreisfreien Städte vertreten. Damit ist ihr Ergebnis angesichts unbekannter Kandidatinnen und Kandidaten und teilweise fehlender Kommunalwahlprogramme kein Misserfolg. Regionale Hochburgen lassen sich nicht erkennen.

Waren die gewählten AfD-Vertreter vormals in anderen Parteien organisiert?

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
nein	(CDU)	SPD	nein	CDU, (PRO), (DVU), Schill- Partei	CDU	nein	(CDU)

In der Hälfte der kommunalpolitischen Vertretungen waren AfD-Vertreter bzw. Kandidaten in der CDU organisiert. Damit bestätigt sich das bundespolitische Bild, dass die AfD in wesentlichen Teilen eine Abspaltung der CDU ist. Die Partei ist Sammelbecken enttäuschter ehemaliger CDU-Mitglieder, die die politische Ausrichtung der Christdemokraten in Richtung politische Mitte nicht mittragen wollten. In Schwerin war ein mittlerweile ausgeschiedenes Mitglied in den 90er Jahren für die CDU tätig. Nordwestmecklenburg weist eine Besonderheit auf. Der Fraktionsvorsitzende war von 1979 bis 2013 Mitglied der SPD und schied im Zuge der Eurorettungspolitik aus. Im Falle des Landkreises Rostock ist mit dem Kreistagsmitglied Wehrmann ein Fall bekannt, der in der CDU organisiert war, danach in der Schill-Partei und bei dem es vor Gründung der AfD zumindest Kontakte zu rechtspopulistischen Organisationen wie PRO und DVU gab. Das gewählte Kreistagsmitglied der AfD in der Mecklenburgischen Seenplatte, Andreas Rösler war bis vor einigen Jahren Mitglied der CDU. In Vorpommern-Greifswald ist über einen Kandidaten, der auf sein Mandat verzichtete bekannt, dass dieser ebenfalls in der CDU organisiert war.

Sind die gewählten AfD-Vertreter in der Vergangenheit durch Aktivitäten im rechtsextremen oder rechtsradikalen Umfeld aufgefallen und wenn ja durch welche?

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
Vorsitzender der Deutschen Burschenschaft	MVgida, Facebook Einträge	nein	nein	nein	MVgida	nein	nein

Auch wenn niemand offen rechtsextrem auftritt, sind in mehreren Fällen deutliche Überschneidungen zu rechtsradikalen Positionen erkennbar. Die weiße Biedermann-Weste erscheint vor diesem Hintergrund zumindest angegraut. Problematisch ist vor allem das Auftreten der Mitglieder der Bürgerschaft in Rostock. Der Spitzenkandidat, Basedow war Sprecher des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaft, der mehrfach negativ mit rechtsradikalen Positionen aufgefallen ist und Verbindungen in ein noch „rechtteres“ Milieu pflegt. Über das frühere zweite Mitglied der Bürgerschaft in Rostock sind diffamierende Kommentare in sozialen Netzwerken bekannt, die mit einem Schuldspruch und einem Strafbefehl endeten. Das Mandat wurde

mittlerweile zurückgegeben. In der Landeshauptstadt errang Frau Federau durch polemische, pauschal abwertende und rassistische Kommentierungen in sozialen Netzwerken bundesweite Berühmtheit. In der Mecklenburgischen Seeplatte fiel das Kreistagsmitglied, Rösler durch die offene Unterstützung der PEGIDA-Bewegung auf.

#### Gesellschaftliche Verankerung von AfD-Vertretern

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
Student, Unternehmerin	Arzt, EDV-Kaufmann	Rechtsanwalt, Ärztin	Zahnarzt	Physiotherapeut, Chor, Rentner, Krankenpfleger	Kaufmann, Informatiker	Selbständig, Rentner	Richter, Revisor

Zivilgesellschaftliche Verankerung im eigentlichen Sinne lässt sich nicht feststellen. Herausgehobene Positionen in der Freiwilligen Feuerwehr, Bürgerinitiativen etc. sind nicht bekannt. Insofern kann, abseits der bekannten Parteimitgliedschaften auch kein vormaliges gesellschaftliches Engagement festgestellt werden. Keinesfalls sind jedoch die AfD-Vertreter gesellschaftlich an den Rand gedrängt. Vielmehr fällt auf, dass es sich in nahezu allen Fällen um selbständigen, gut ausgebildeten Mittelstand handelt. Ihr politisches Engagement speist sich aus der Tatsache, dass sie sich etwas aufgebaut haben und dies, aus welchen Gründen auch immer, offenkundig bedroht sehen.

#### Gemeinsame Fraktionen / Zählgemeinschaften mit anderen Parteien

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
nein	nein	Freie Wähler	nein	nein	Freie Wähler, (FDP)	Einzelbewerber	nein

Die AfD tritt nicht nur als eigene politische Formation an, sie bleibt es in der Regel auch in den Kreistagen. Zählgemeinschaften bzw. Fraktionen werden, wie in Vorpommern-Rügen und Nordwestmecklenburg gebildet, um Vertreter in Ausschüsse entsenden zu können. Die geringsten Berührungspunkte haben Freie Wähler, die in Nordwestmecklenburg und der Mecklenburgischen Seenplatte eine Fraktion mit der AfD eingegangen sind. „Etablierte“ Parteien gehen in diesem Punkt auf Distanz. Diese haben angesichts ihrer Stärke aber auch keine Notwendigkeit zur Bildung einer Zählgemeinschaft / Fraktion.

#### Verhalten der AfD bei Personalentscheidungen

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
unbekannt	unbekannt	Unterstützung SPD	Unterstützung CDU	Unbekannt	Oppositionsrolle ggü. CDU/SPD	Unbekannt	unbekannt

Hinsichtlich der Unterstützung oder Ablehnung von bestimmten Personalentscheidungen kann nicht viel geschlussfolgert werden, da diese in der Regel mit geheimen Wahlen verbunden sind, mithin

nicht bekannt werden. Es ist aber erkennbar, dass die diesbezüglichen Entscheidungen vor Ort getroffen werden, es also keine „Anweisung von oben“ gibt. In Nordwestmecklenburg unterstützten die AfD-Mitglieder die Beigeordneten-Kandidatin der SPD. In Ludwigslust-Parchim hat die AfD für sich eine Grundsatzentscheidung getroffen, die sich so gestaltet, dass man sich bei Personalvorschlägen der LINKEN enthält, während die CDU unterstützt wird. In der Mecklenburgischen Seenplatte wird die AfD in eine gemeinsame Oppositionsrolle mit der LINKEN gedrängt, da SPD und CDU teils rechtswidrig die Personalbesetzungen unter sich aufteilten.

#### Anträge der AfD

<b>HRO</b>	<b>SN</b>	<b>NWM</b>	<b>LUP</b>	<b>LRO</b>	<b>MSE</b>	<b>VR</b>	<b>VG</b>
keine	ideologisch	keine	populistisch	inhaltlich	inhaltlich	inhaltlich	inhaltlich

Insgesamt ist das parlamentarische kommunalpolitische Engagement der AfD überschaubar.

In Rostock beschränkt sich das parlamentarische Engagement auf den Vorschlag von Ortsbeiratsmandaten, inhaltliche Anträge oder Anfragen wurden nicht gestellt.

In Schwerin konzentrieren sich die Initiativen auf grundsätzlich-ideologische Anträge bzw. Reden zur Distanzierung von antifaschistischem Engagement oder gegen die Akzeptanz von homosexuellen Lebensweisen. Inhaltlich setzt sich die AfD für die Interessen der (gehobenen) Mittelschicht ein, indem sie eine Beteiligung von Anliegern nach Ausbaubeitragssatzung ablehnt und Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfepolitik fordert.

In Nordwestmecklenburg sind, wie in Rostock keinerlei Aktivitäten der AfD zu verzeichnen.

Die AfD in Ludwigslust-Parchim stellte den Antrag auf Überprüfung der Abgeordneten auf MfS-Tätigkeit und griff das populäre Thema von Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei auf.

Im Landkreis Rostock arbeitete die AfD entlang konkreter inhaltlicher Fragestellungen. Zwei Anträge wurden in der laufenden Wahlperiode eingebracht. Das sind ein Antrag zur Aufhebung der Kilometer-Begrenzung des kostenlosen Schülerverkehrs sowie zur Problematik der bedrohten Ferienwohnungen.

Auch in der Mecklenburgischen Seenplatte setzte sich die AfD zuvorderst mit inhaltlichen Fragestellungen auseinander. Insgesamt vier Anträge wurden eingebracht. Das sind ein Antrag zur Echtzeit-Audio-Übertragung von Kreistagssitzungen, zur Zentralisierung/Dezentralisierung des Sozialamtes sowie zur Änderung der Hauptsatzung. Lediglich der Antrag zu den Auswirkungen der Russlandsanktionen auf den Landkreis fällt aus dem Rahmen, da hier eine außenpolitische Frage berührt ist.

Die zwei Initiativen die AfD-Mitglieder des Kreistages Vorpommern-Rügen beschäftigten sich mit der Unterstützung bei der Zertifizierung des Ostseeherings und dem Export von Produkten nach Russland.

In Vorpommern-Greifswald hat die AfD seit der Kommunalwahl 2014 vier Anträge gestellt. Dabei ging es um die Ausstattung der Kreistagsmitglieder mit Büromaterialien und Technik, der Etablierung eines kostenlosen Infoblattes für den Landkreis und den Ablauf für die Erstellung von Haushaltsplänen und Jahresabschlüssen von Beteiligungsgesellschaften des Landkreises.

Mit diesem Überblick wird deutlich, dass die AfD es im Gegensatz zur NPD in der Regel nicht darauf anlegt, den Kreistag als politische Bühne für ihre ideologischen Orientierungen zu missbrauchen. Im Vordergrund steht der Anstoß für inhaltliche Initiativen über deren Wertigkeit hier keine Einschätzung getroffen wird. Lediglich in Schwerin zeigt sich, dass die Bühne der Kommunalpolitik für fragwürdige eigene Anträge missbraucht wird.

#### Rechtspopulistische / rechtsradikale Äußerungen der AfD in Kommunalvertretungen

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
(keine)	rechtsradikal	rechtspopulistisch	rechtsradikal	rechtspopulistisch	populistisch	populistisch	rechtsradikal

Die Rostocker Mitglieder der AfD fallen nicht nur durch Inaktivität bei Anträgen, sondern auch bei Redebeiträgen in der Bürgerschaft auf. Offenkundig verleitet aber die vermeintliche Anonymität des Internets zu deutlicheren Stellungnahmen. In den Facebook-Beiträgen wird Sympathie für die PEGIDA-Demonstrationen artikuliert. Abgrenzungsbemühungen im Kontext der rechtsextremistischen Bedrohungslage finden sich nicht. Im Gegenteil aus Sicht der AfD-Rostock ist der Feind das abgewirtschaftete System, inklusive ihrer sog. Systemparteien. In Schwerin drehen sich AfD-Argumentationen um echte oder vermeintliche Wertefragen. Die Facebook-Seite von Frau Federau offenbart eine krude Weltsicht. Sie sieht sich einer Welt ausgesetzt in der jüdisches Kapital, die Errichtung von Windenergieanlagen, gewalttätige Ausländer, steigende Kriminalität und Genderpolitik „gesunde“ Lebensweisen von Deutschen bedrohen. Mit dieser Wahrnehmung stellt sich die AfD-Schwerin in eine rechtsradikale Ecke. In Nordwestmecklenburg fallen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern der NPD ähnliche Kommentierungen. Die Kreistagsmitglieder in Ludwigslust-Parchim offenbaren in ihren Mitteilungen an die Welt via facebook ähnliche Sichtweisen. Die Tatsache, dass die Erfurter Erklärung unterstützt wird, offenbart ihre Zugehörigkeit zum rechten Flügel der AfD. Auffällig ist, dass auch hier das Thema der Windenergieanlagen zur politischen Profilierung genutzt wird. Im Landkreis Rostock nehmen die AfD-Vertreter eine unreflektierte Haltung im Umgang mit Flüchtlingen ein. Empathie für Flüchtlinge, sozialer Einsatz ist nicht feststellbar. Damit stellen sie sich zumindest in eine rechtspopulistische Ecke. In der Mecklenburgischen Seenplatte ist weniger rhetorische Radikalität feststellbar. In einigen Wortbeiträgen im Kreistag schwingt ein unterschwelliger Populismus mit. Man kann den Eindruck gewinnen, dass sich die AfD in ihrem Selbstverständnis als Mittler eines gewissen „Volkswillens“ versteht. Gleiches gilt für die Debatten in Vorpommern-Rügen. In Vorpommern-Greifswald treten AfD-Vertreter radikaler auf. In Reden und Abstimmungen bei NPD-Anträgen ist eine argumentative Nähe feststellbar.

#### Auftreten der AfD-Vertreter in den Ausschüssen

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
keine	konstruktiv	konstruktiv	keine	keine	konstruktiv	konstruktiv	konstruktiv

In den Kreisen in denen Mitglieder der AfD in Ausschüssen vertreten sind, unterscheiden sie sich in ihrer Arbeit nicht von den anderen Fraktionen. Durchweg ist festzustellen, dass sie konstruktiv mitwirken. Damit verhalten sie sich im „geschützten“ Raum des Ausschusses anders, als dies in der Öffentlichkeit der Fall ist.

## Umgang / Kontakte der AfD-Vertreter mit NPD

HRO	SN	NWM	LUP	LRO	MSE	VR	VG
keine	keine	keine Distanz	eng	unauffällig	keine Distanz	keine	keine Distanz

Die AfD in Rostock verhält sich unauffällig. In Schwerin wären angesichts der ideologischen Ausrichtung des Kreisverbandes engere Kontakte zu erwarten, können aber aufgrund fehlender NPD-Mitglieder nicht festgestellt werden. Die in Nordwestmecklenburg initiierte Demokratieerklärung der NPD wird durch die AfD nicht mitgetragen. Sie wollen NPD-Anträgen auch zustimmen dürfen. In Ludwigslust-Parchim lehnen die Mitglieder der AfD eine Distanzierung zur NPD ab. Sie wollen sich auch hier das Recht vorbehalten NPD-Anträgen zuzustimmen. Die NPD wird damit als gleichwertige Partei angesehen. Auch wird Redebeiträgen durch Beifall zugestimmt. Im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte werden zur NPD keine Beziehungen gepflegt. Allerdings erfolgt auch hier keinerlei Distanzierung. Die AfD verweigerte einer Demokratieerklärung die Unterschrift. Das gleiche Bild ergibt sich für Vorpommern-Greifswald. Auch hier verweigert sich die AfD einer entsprechenden Erklärung.

## Fazit

Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern ist im Unterschied zur NPD keine rechtsextremistische Partei. Gleichwohl weisen Äußerungen von AfD-Vertretern auf rechte Einstellungen hin. Im Vordergrund steht kein aufklärerischer Politikansatz, sondern das Bedienen von Vorurteilen innerhalb der Gesellschaft. Ihre Anträge und Äußerungen deuten darauf hin, dass sie sich in einer Opferrolle sehen. Die sich verändernde Welt wird als Bedrohung für ihren sozialen Besitzstand wahrgenommen. AfD-Vertreter hätten auch etwas zu verlieren. Sie sind keinesfalls die wirtschaftlichen Verlierer, die für sich keine Perspektiven sehen und mit prekären Lebensbedingungen zurechtkommen müssten. Im Gegenteil sozialer Status und Einkommen sind überdurchschnittlich.

Gesellschaftliche Werteverstärkungen zugunsten von Minderheiten oder Gleichstellungsfragen werden gleichfalls als Bedrohung wahrgenommen. Lang gepflegte Verhaltensweisen und Vorurteile sollen nicht zurückgedrängt werden. Der öffentliche Raum soll geschützt werden von „andersartigen“ Einflüssen. Dies offenbart eine fehlende charakterliche Souveränität, Unsicherheit, fehlendem Halt und zeugt von Kleinbürgerlichkeit.

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ist in der aktuellen Auseinandersetzung eher im nationalkonservativen / rechtspopulistischen Lager der AfD zu verorten. Die innerparteilichen Flügelkämpfe werden als „unsinnige Streitigkeiten“ bezeichnet. „Um Volkspartei zu sein, müsse man die verschiedenen Strömungen akzeptieren.“ Die Befürchtung des Bundessprecher Lucke, die AfD stehe vor einer gefährlichen Entwicklung sieht der Landesverband M-V nicht. Es gäbe schlichtweg keinen „ominösen Rechtsruck.“ Beide Strömungen „passen bestens zusammen.“ Diese Einschätzung offenbart implizit eine Verortung im rechtspopulistischen Lager. Die Auseinandersetzung, die Lucke bewusst sucht, um ein Abdriften nach rechts einzudämmen, wird abgelehnt. Offenbar betrachtet man diese Offensive des Parteisprechers als Angriff auch auf sich selbst.

Die Verortung rechts von der CDU kommt nicht von ungefähr. Ein wesentlicher Teil der kommunalen Abgeordneten war in der CDU organisiert und trat im Zuge der Liberalisierung der Christdemokraten aus. Entscheidend waren weniger wirtschaftliche Fragestellungen, sondern Werteorientierungen.

Das kommunalpolitische Auftreten ist sehr gemischt. Im Schnitt ist die AfD ein aktiver Teil der Kreistage. Größtenteils werden kommunalpolitisch relevante Fragen bearbeitet. In den Ausschüssen erweist sie sich als unauffälliger Akteur. Ein landesweit koordiniertes Vorgehen ist nicht festzustellen. Die Aktivitäten vor Ort sind abhängig von den dort tätigen Mitgliedern der Partei.

Dies gilt auch für ihr Verhalten gegenüber den demokratischen Parteien. Sowohl die Unterstützung von CDU bzw. SPD als auch Opposition zu beiden ist möglich. Eine strategische landesweite Ausrichtung ist mithin nicht festzustellen, sondern wird allein von den vor Ort handelnden Personen und den lokalen Rahmenbedingungen bestimmt. Einig ist man sich in der Ablehnung der LINKEN. Einig ist man sich auch in der Einschätzung, dass die NPD keine rechtsextreme, undemokratische Partei ist. Sie sei vielmehr gleiche unter gleichen. Dementsprechend wird überall nicht dem demokratischen Konsens gefolgt. Die AfD muss sich die Frage gefallen lassen, ob es Naivität oder strategisches Kalkül ist, der sie dazu veranlasst.

Auch wenn dies in ihren Anträgen nicht deutlich wird, ist Migrationspolitik ein für die AfD M-V entscheidendes Thema. Darauf weisen Reden und Kommentare hin. Diese These wird dadurch gestützt, dass es mehrere Äußerungen zugunsten von PEGIDA gab und im Einzelfall selbst eine rechtsradikale Vergangenheit festzustellen ist. Insofern ist auch eine inhaltliche Nähe zur NPD feststellbar.

Für DIE LINKE machen die Unterschiede und die Parallelen von AfD und NPD eine differenzierte Herangehensweise erforderlich. Die Verortung der AfD in das Lager der Rechtsextremen ist weder taktisch klug noch in der Sache richtig. Es empfiehlt sich, inhaltliche Anträge der AfD auch inhaltlich zu bewerten und im Kreistag zu diskutieren. Dort wo sich die AfD abseits des demokratischen Konsenses positioniert, ist dies öffentlich zu machen und kritisch zu bewerten. Die landesweite Nähe zur NPD ist der größte Schwachpunkt für die AfD und für uns ein unüberwindbares Hindernis mit ihnen Kontakte zu pflegen, die über die offiziell notwendigen hinausgehen. Des Weiteren ist bei unserer Argumentation zur AfD herauszustellen, dass es keinesfalls eine Partei der „kleinen Leute“ ist. Dies wäre zu vernachlässigen, wenn sie sich nicht auch offen gegen die Interessen der „kleinen Leute“ stellt, wie der Schließungsantrag für eine Jugendfreizeiteinrichtung in Schwerin zeigt. Für uns potentiell gefährlich ist das Vorgehen der AfD Themen aufzugreifen, die in der Bevölkerung populär sind. In der Bevölkerung vorhandene Vorbehalte werden wie im Falle der Windenergieanlagen gepflegt und verstärkt. Dies hat auch die NPD versucht, konnte aber aufgrund ihrer extremistischen Ausrichtung nie Bündnispartner werden. Dieses Tabu besteht bei der AfD nicht, was die Schwierigkeit im Umgang mit ihnen erhöht.